

V0651/24

Energienutzungsplan und kommunale Wärmeplanung (Energiewendeplan)
(Referentin: Bürgermeisterin Kleine)

Antrag:

1. Der Stadtrat beschließt den Energienutzungsplan und die kommunalen Wärmeplanung und erfüllt damit die Pflicht nach § 4 des Wärmeplanungsgesetzes (WPG).
2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der Einrichtung einer gemeinsamen Beratungsstruktur mit den Stadtwerken und dem VerbraucherService Bayern als gemeinsame Anlaufstelle für Fragen zu Energieeinsparung, energetischer Sanierung und Wärmeversorgung für die Bürgerschaft.

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit	10.10.2024	Vorberatung
Stadtrat	22.10.2024	Entscheidung

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit vom 10.10.2024

Bürgermeisterin Kleine führt aus, was vom Stadtrat bereits beschlossen worden sei. Im Juni 2022 habe man mit dem Klimaschutzkonzept festgestellt, dass der Energienutzungsplan von 2014 fortgeschrieben werden müsse. Auf der Grundlage dieses Beschlusses und im Zusammenhang mit dem Förderprogramm habe man die Entwicklung eines Energienutzungsplanes für Ingolstadt beauftragt. Es habe sich schnell gezeigt, dass die Wärmeplanung ein eigener Themenkomplex dieser Neuorientierung sein werde. Dies sei auch bei der Auftragsvergabe berücksichtigt worden und im März 2023 sei es dann an die Firma GreenVenture vergeben worden. Im Juni 2026 sei der Kommunale Wärmeplan gesetzlich verpflichtend als Kommune. Dies sei damals nicht entscheidend gewesen, vielmehr wollte man proaktiv in einem der größten und finanzintensivsten Bereiche die Ziele definieren, Klarheit schaffen und möglichst konkret den Bürgerinnen und Bürgern Orientierung geben, damit diese wüssten, wie versorge man sich die nächsten 20 Jahre mit Wärme, inwieweit könne dies über gemeinsame Netze passieren und wo müsse es individuell gelöst werden. Dies seien die Fragen, die sich die Bürgerinnen und Bürger stellen. Die Antwort darauf liegt nun vor. Sie sei erwartungsgemäß komplex, daher sollte eigentlich heute der Geschäftsführer der Stadtwerke hier sein, dieser werde dann zur nächsten Stadtratssitzung kommen, denn er sei der Hauptakteur, der die Finanzierung sicherstellen muss und auch dafür neue Wege finden muss. Wichtig sei, dass die kommunalen Wärmeplanung im Stadtrat zusammen mit dem Energienutzungsplan beschlossen werde.

Herr Schratzenstaller erklärt anhand einer Präsentation den Energienutzungsplan mit kommunaler Wärmeplanung. Die Präsentation wird dem Protokoll beigelegt.

Stadtrat Achhammer ist der Meinung, dass die Bestandsanalyse in Ordnung und nachvollziehbar sei. Doch er denkt, dass bei der Potenzialanalyse das erste Problem beginne, denn in der Vorlage sei geschrieben, dass die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen durch den Stadtrat und die Verwaltung erfolge. Seiner Meinung nach, könne dies nur über die Stabstelle Klima in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken erfolgen. Die Stadtwerke müssen im Großen und Ganzen den Stadträten Maßnahmen und Ziele vorgeben, um zu erreichen was die Gesetze vorschreiben. Das GEG schreibe zum Beispiel vor, dass ab 2024 bei Neubauten 65 Prozent Mindestanteil erneuerbare Energie sein müsse. Bei Neubauten sei dies kein Problem, doch er denkt, dass es bei den Bestandsgebäuden schwierig werden könne, wenn diese eine neue Heizung benötigen. Auch die Verwaltung sei davon betroffen, denn auch dort seien die wenigsten Gebäude Neubauten. Des Weiteren teilt Stadtrat Achhammer mit, dass er Zweifel habe, dass die Klimaneutralität bis 2035 erreicht werde. Es habe bereits einige Vorträge dazu gegeben und die Beschlüsse gehen in die richtige Richtung, dennoch sei es seiner Meinung nach sehr unkonkret. Bezüglich der Fernwärme ist er der Ansicht, dass es im Westen von Ingolstadt Probleme geben können und dafür sei eine Kommunikationsstrategie und Bürgermodelle wichtig und man brauche in den Ortsteilen Geothermie erschlossen werden muss. Ebenso ist er der Ansicht, dass es wichtig sei, mit den Kaminkehrern, mit der Innung, mit dem Obermeister über den Gemeindegang in Kontakt trete, wie man die Leute beraten könne. Nummer zwei der Vorlage erachte Stadtrat Achhammer als nicht zielführend, denn die Beratung bekomme man von jedem Kaminkehrer.

Bürgermeisterin Kleine merkt an, dass mit den Kaminkehrern bereits Kontakt aufgenommen worden sei. Bezüglich der Energieberatungsstelle sei kein neues Personal aus dem Stellenplan gemeint, sondern es soll an einem Ort mit unterschiedlichen Akteuren wie z. B. Verbraucherschutz, Kaminkehrer und Handwerkskammer zusammengeführt werden. Ebenso sei man bereits mit den Stadtwerken im Gespräch. Personal der Energieberatung der Stadt Ingolstadt würde mit reingehen. Es gebe bereits die Zusage, dass dies in der zentralen Servicestelle möglich sei, dort einen Teilbereich zu bekommen, um dort von verschiedenen Akteuren eine neutrale Energieberatung für die Bürgerinnen und Bürger anbieten zu können. Es sei daher nicht an den Aufbau einer neuen Struktur gedacht, sondern Synergien an einem Ort zusammenzubringen, sodass es für die Bürgerinnen und Bürger leichter zu erreichen sei. Bezüglich dem Bürgermodell teilt Bürgermeisterin Kleine mit, dass es neuerdings eine Bürgerenergiegenossenschaft in Ingolstadt gebe, die nicht nur PV-Anlagen auf die Dächer macht, sondern für alle möglichen Energiemodelle offen sei. Zu den Stadtwerken merkt sie an, dass man eng zusammengewachsen sei und es noch unterschiedliche Schwerpunkte der Einschätzung gebe, doch es gebe eine gemeinsame Klarheit, welche Kosten anfallen werden. Im Moment werde der erste Transformationsplan für das Heißwassernetz vergeben und das bedeute, dass für den Transformationsplan Fördermittel beantrag werden. Dann werde innerhalb der Stadtwerke konzipiert, welche Ziele man habe und wie diese erreicht werden können und dann gehe es in die Umsetzung. Bürgermeisterin Kleine erklärt, dass es wichtig sei, diesen kommunalen Wärmeplan zu beschließen, um Fördermittel beantragen zu können, denn dies sei eine Grundlage für die Stadtwerke und eine wichtige Voraussetzung.

Stadtrat Achhammer führt aus, dass wenn es ohne neues Personal ablaufe, werde er dem Punkt zwei zustimmen.

Herr Schneider erklärt, dass der Gedanke dahinter sei, dass die Berater an einem Ort zur Verfügung stehen und die Berater als erste Anlaufstelle für die Bürger zur Verfügung stehen, denn auf der Grundlage von diesem Wärmeschutzplan werde es viele Anfragen geben. Am Anfang werde der Herr Schratzenstaller, jemand von den Stadtwerken und vom Verbraucherservice z. B. Dienstag, Mittwoch, Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Vorort sein. Des Weiteren weist Herr Schneider darauf hin, dass es auch deswegen gemacht werde, weil die Energieagentur, die das zusammen mit den umliegenden Landkreisen machen wollte, gescheitert sei. Der Stadtrat habe dann die Aufgabe gestellt Alternativen zu prüfen. Ebenso sei ihm bewusst, dass im Moment nicht die Zeit sei, um Stellen aufzubauen und keine riesigen Summen investiert werden können. Deswegen sei ganz bewusst entschieden worden, eine Möglichkeit zu suchen, die jetzt im Moment weder zusätzliches Geld noch zusätzliches Personal koste. Seiner Meinung nach sei es sinnvoll, dass den Bürgerinnen und Bürgern aufgezeigt werde, dass es eine Anlaufstelle gebe, und es sei wichtig intensiv in die Beratung zu gehen, denn man sei darauf angewiesen, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre private Initiative zeigen.

Herr Hoffmann geht auf die städtischen Gebäude ein und merkt an, dass es ein bisschen mehr als 400 große und kleine Gebäude seien. Einen wesentlich größeren Effekt erziele man mit großen Anlagen wie dem Schulzentrum Südwest oder auch den Schulneubauten. Bei den Projekten, die neu gebaut werden, könne man das Ziel erreichen und bei den Sanierungsprojekten werde getan, was möglich ist. Dennoch werden wahrscheinlich nicht alle 400 Gebäude bis 2035 soweit sein, wie es wünschenswert sei.

Stadtrat Dr. Meyer bringt vor, dass die Analyse sehr detailliert sei und Aufschluss über die großen Herausforderungen gebe, doch die Beschreibung der Maßnahmen seien noch relativ vage. Er hofft auf genaue Antworten der Stadtwerke in der nächsten Stadtratssitzung. Die Grafik auf der Folie verdeutliche, dass es bei Wärmeplanung und bei der perspektivischen Ausbauplanung für die Fernwärme die Stadt gewissermaßen geteilt sei. Ein Teil der Stadt liege nördlich vom Fernwärmeäquator und der andere Teil der Stadt liege südlich. Beide Teile haben Herausforderungen und Chancen. Der südwestliche Teil habe die Chance, dass viele innovative Projekte dezentral umgesetzt werden können, die dann allerdings einen enormen Strombedarf über die Wärmepumpe haben. Daher möchte er zum Thema Energiegenossenschaften wissen, wie der Aufbau und die Beteiligung der Bürger koordiniert werde. Weiter möchte er bezüglich dem Strombedarf wissen, ob bei den Stadtwerken die Netzanschlussleistung bereits hinterlegt und eingeplant sei, dass wenn die blau gekennzeichneten Gebiete das meiste über die Wärmepumpen abgefangen, dass dann der Strombedarf perspektivisch enorm sei. Ebenso möchte er wissen, wer die Erschließung, den Aufbau und den Anschluss der Freiflächenphotovoltaik koordiniere. Zum Schluss erkundigt sich Stadtrat Dr. Meyer bezüglich der Geothermie. Er habe bereits vor drei Jahren einen Antrag, dass die kalte Nahwärme stärker eingeplant werde. In der Präsentation sei zu sehen, dass die Erdwärme mit Kollektoren ein erstaunlich großes Potenzial habe. Daher sei es interessant, wenn man abhängig von der Bodenbeschaffenheit in die Umsetzung komme.

Herr Schratzenstaller führt aus, dass die Bürgerbeteiligung das Beste sei, was erreicht werden kann. Deswegen habe man z. B. beim PV-Kriterienkatalog ein Kriterium mit Bürgerbeteiligung. Ebenso bestehe reger Austausch mit der neugegründeten Bürgerenergiegenossenschaft. Es gebe auch andere Bürgerenergiegenossenschaften, die sich nicht nur um PV-Ausbau kümmern, sondern auch um den Aufbau von Wärmenetzen. Bezüglich des Strombedarfes für Wärmepumpen teilt er mit, dass einer der sechs

angesprochenen Vertreter der Stadtwerke der Stromnetzplaner sei. Dieser sei in den Workshops gewesen und sei sich dem auch bewusst, wie die kommunale Wärmeplanung aussehe. Herr Schratzenstaller habe ebenso erfahren, dass die Stadtwerke für die Elektromobilität gewappnet sei und die Wärmepumpe eher Sorgen bereite. Deswegen gebe es die Maßnahme „Zukunftsplan Stromnetz“, um frühzeitig mit der Umsetzung beginnen zu können. Zu der Erschließung und dem Aufbau der Freiflächenphotovoltaik teilt er mit, dass das technische Potenzial in der Analyse runtergebrochen werde, um zu sehen, welche landschaftlichen Aspekte und welche technischen Aspekte des Stromnetzanschlusses müssen berücksichtigt werden. Die Stadtplanung und die Stadtwerke Ingolstadt seien ebenso mit eingebunden und letztendlich soll das Ergebnis im Landschaftsplan mit einfließen.

Herr Schneider erklärt zur Frage von Stadtrat Dr. Meyer, dass die richtigen Flächen zu finden seien, und dafür sei ein Landschaftsplanungsbüro beauftragt, die eine Abschichtung machen, um zu sehen, wo aus städtebaulicher- und landschaftsplanerischer Sicht überhaupt Potenzial bestehe. Ebenso sei dann zu berücksichtigen, dass die Freiflächen PV-Anlagen an das Stromnetz angeschlossen werden. Dies bedeute bei einer größeren PV-Anlage, dass ein Anschluss an das Mittelspannungs- oder Hochspannungsnetz benötigt werde. Dahingehen gebe es die Möglichkeit, eine Trafostation zu bauen und optimal sei dann, wenn eine Trafostation unter einen Strommasten hingebaut werde, denn dann seien die Anschlusswege kurz und es gebe keine Verluste. Bezahlen müsse, abhängig von der Größe der Anlage, meist derjenige, der die Freiflächen PV-Anlage baue. Die Stadtwerke seien verpflichtet, sich darum zu kümmern, dass diese Umspannungsstation gebaut werde. Verteilt werde der Strom dann auch von den Stadtwerken. Doch die Einspeisung werde über die Bayernwerke stattfinden, da diese die nächsthöhere Spannungsebene bediene. Zum Thema, wer die Freiflächen PV-Anlage baue, teilt Herr Schneider mit, dass die Stadtwerke Interesse habe, doch es gebe auch private Investoren. Die Herausforderung sei dann, dass mehrere private Eigentümer unter einen Hut gebracht werden, da eine PV-Anlage mit einer Leistung unter zehn Megawatt nicht rentabel sei und die Anlagen sollen so kleinteilig wie möglich aufgebaut werden. Herr Schneider merkt an, dass die privaten Investoren oft besser Chancen haben, da diese flexibler als eine Stadtverwaltung seien. Die Stadtwerke haben als GmbH auch bessere Möglichkeiten und habe bereits zwei Standort in Aussicht, doch dazu könne Herr Bolle in der nächsten Stadtratssitzung dann alles Weitere ausführen. Zum Thema Geothermie teilt er mit, dass nur die oberflächennahe Geothermie und die kalten Nahwärmenetze hier funktioniere und diese auch energetisch sinnvoll sei. Allerdings sei dies wirtschaftlich nur darstellbar, wenn sich um die 80 Prozent anschließen können. Es gebe zwar viele kalte Nahwärmenetze, doch es gebe keines das wirtschaftlich arbeite. Dies bedeute bei einem Neubaugebiet, wo das passieren soll, muss ein Anschluss- und Benutzungszwang erlassen werden, damit das Ganze wirtschaftlich machbar sei.

Stadtrat Semle ist der Ansicht, dass dies die vorläufige Planung sei, um die Wärmeplanung weiter entwickeln zu können. Man werde noch viele weitere Maßnahmen kennenlernen und verbessern. Diese Planung nicht zu beschließen, sei für ihn nicht richtig, denn es müsse nun vorangegangen werden und in die Bevölkerung gebracht werden. Er denkt, dass die heute vorberatende kommunale Wärmeplanung gelingen kann. Er merkt an, dass ihn die einzelnen Versorgungsgebiete und Prüfgebiete interessieren, denn das mache die Masse der Ingolstädter aus, daher sei die Beratung dringend notwendig und es müssen Modelllösungen unterschiedlichster Art entwickelt werden. Eine Möglichkeit sei die BEG. Weiteren teilt Stadtrat Semle mit, dass ein kommunales oder regionales Strommanagement dringen notwendig sei und entwickelt werden müsse. Federführend solle dies durch die Stadtwerke

passieren. Bezüglich den Fernwärmebereichen ist er der Meinung, dass der Preis der zentrale Punkt sein werde und ob die Bürgerinnen und Bürger dort anschließen müssen. Ebenso hinterfrage die Stadtratsfraktion die Grünen immer wieder, ob die Ressourcen ausreichend seien, um diese Fernwärme dauerhaft zu produzieren. Bezüglich der Daten der Kaminkehrer möchte er wissen, ob diese eingegangen seien.

Herr Schratzenstaller teilt mit, dass die Daten der Kaminkehrer nicht eingegangen seien. Die Einzelversorgung im Bestand sind hauptsächlich statistische Daten, da die Kaminkehrerdaten aktuell noch nicht zur Verfügung stehen.

Bürgermeisterin Kleine merkt an, dass es die Kkehrbuchdaten in Bayern nur in einer geclusterten Form geben werde, anders als z.B. in Baden-Württemberg. Hier stünden die Kkehrbuchdaten kleinteilig zur Verfügung.

Stadtrat Semle denkt, dass die Analyse deutlich besser werde, wenn diese individuellen Daten vorliegen. Der Beratungsschwerpunkt in der Mauthstraße sei seiner Meinung nach sehr wichtig, denn es werden viele Bürgerinnen und Bürger kommen, die eine erste Orientierung brauchen, wie sie vorgehen müssen. Die Stadtratsfraktion die Grünen wird dieser Vorlage gerne zustimmen.

Stadtrat Witty trägt vor, dass die kommunale Wärmeplanung mit dem Gebäudeenergiegesetz zusammenhänge. Das Gebäudeenergiegesetz führe allerdings bei vielen Bürgern und Unternehmen zu Verunsicherung, da es sehr kompliziert sei und es häufig Änderungen gebe. Ebenso sei die Sorge vor hohen Investitionen vorhanden, auch wenn es viel Förderung gebe. Aus diesem Grund ist er der Meinung, dass die Beratung sehr wichtig sei, um die Sorge zu nehmen und Perspektiven aufzuzeigen. Daher sei Punkt zwei der Vorlage der richtige Ansatz. Die kommunale Wärmeplanung sei auch eine Art von Beratung und Orientierung für die Bürger, was sie bezüglich der Wärmeversorgung im Stadtgebiet erwarte. So wichtig, wie die Wärmeplanung ist, so undefiniert sei sie in manchen Teilbereichen, gerade was das Thema Fernwärme anbelange. Daher teilt er die Meinung von Stadtrat Semle, dass es entscheidend sei, inwiefern die Fernwärme wirtschaftlich sei. Ein großer Punkt sei dann auch die Akzeptanz der Fernwärme und ob ein Benutzungszwang der Fernwärme bestehe. Stadtrat Witty erkundigt sich, ob es geplant sei, vor 2026 dem Stadtrat einen Vorschlag zur Ausweisung eines Wärmenetzgebietes zu unterbreiten.

Herr Schratzenstaller weist darauf hin, dass das Thema sensibel behandelt werden muss, damit die Planungssicherheit, die mit der Wärmeplanung erreicht werden soll nicht zerstört werde. Von Seiten des Klimaschutzmanagements sei zum aktuellen Zeitpunkt nichts geplant. Wichtig sei jedoch, dass eine sehr enge Abstimmung mit den Stadtwerken erfolge.

Bürgermeisterin Kleine teilt mit, dass das Ganze mit den Stadtwerken möglichst frühzeitig gemacht würde, um auch die Fragen der Bürger beantworten zu können.

Herr Prof. Dr. Rosenfeld zeigt sich erfreut darüber, dass zwei Jahre bevor es umgesetzt werden soll, schon eine Planung vorliege. Er habe den Eindruck, dass die Grundlage der Planung die bebauten Gebiete seien und nicht die Gebiete die erst noch entwickelt werden. Insbesondere sei das Gewerbeflächenentwicklungskonzept noch nicht so stark in diese Planung eingeflossen, doch das Gewerbe sei sehr wichtig, denn in der Studie sei ersichtlich,

dass 50 Prozent des Wärmebedarfs Industrie und Gewerbe sei und die restlichen 50 Prozent Wohnen. Gleichzeitig seien aber zehn Prozent der Gebäude Industrie und Gewerbe und 90 Prozent wohnen. Das bedeute, wenn man das Wärmenetz effizient planen und umsetzen wolle, dann müsse man sich zwingend auf Gewerbe und auf hochverdichtete Wohngebiete konzentrieren und diese priorisieren. Für Gewerbetreibende und auch für Industrieansiedlungen sei die Energieversorgung der Standortfaktor sei. Deswegen weist Herr Prof. Dr. Rosenfeld darauf hin, dass das Wärmenetz- Eignungsgebiet Manchingerstraße / IN-Campus, noch nicht von der Fernwärme erschlossen sei und erklärt anhand der Präsentation. Es habe bereits ein Gespräch mit Herrn Bolle gegeben, und es gebe grundsätzlich kein Problem, dass zum Beispiel von das von Norden runterführende Eignungsgebiet arrondiert werde. Herr Prof. Dr. Rosenfeld bitte daher bis zur nächsten Stadtratssitzung um Prüfung, ob man eine Arrondierung von diesem Gebiet hinbekomme.

Stadtrat Böttcher merkt an, dass das Ziel 2035 sei, doch er denke es werde schwierig dies bis dahin zu erreichen. Er denke anhand der Aussagen von Thüga und Herrn Bolle werde es wahrscheinlich erst bis 2045 umzusetzen sein. Er hoffe, dass Herr Bolle in der nächsten Stadtratssitzung anwesend ist und informiert, welche Investitionen auf die Stadtwerke zukommen werden.

Bürgermeisterin Kleine führt aus, dass der Vorteil an diesem Verfahren die gute Zusammenarbeit zwischen Stadtwerken und Thüga sei und diese die Investitionen berechnet haben und geschaut worden sei, welche Mittel benötigt würden, um bis 2035 das komplette Paket abzuarbeiten und wie die Investitionen aussähen, wenn es auf zehn Jahre früher zusammengeschoben würde. Das Hauptproblem seien die Investitionen. Alle Kommunen und alle Stadtwerke werden vor diesen enormen Summen stehen. Bürgermeisterin Kleine zeigt auf, dass zum Beispiel in Heidelberg 900 Mio. Euro für den Aus- und Umbau des Netzes benötigt werden. Es sei wichtig zu wissen, wie groß die Aufgabe sein werde und wie sie zu lösen sei. Ingolstadt sei nicht die einzige Kommune, die mit solchen Investitionen zurechtkommen müsse. Die Kommunen in Deutschland bräuchten viele Milliarden, um vor Ort die Klimaneutralität herzustellen. Ihrer Meinung nach sei es eine wesentliche Grundlage, mit Wahrheit und Klarheit zu kommunizieren, denn nur so kann an den richtigen Stellen angesetzt werden.

Stadtrat Bannert äußert, dass er durch die sachlichen Informationen gewisse Dinge nun mit anderen Augen sehe, vor allem den Tagesordnungspunkt zwei, diesem er zustimmen werde. Positiv sei auch, dass kein zusätzliches Personal benötigt werde. Ebenso ist er der Meinung, dass man gut in der Zeit sei und alles gut vorbereitet werden können und das eine oder andere umgesetzt werden könne. Er sehe dem Antrag der in der nächsten Stadtratssitzung beschlossen werde positiv entgegen.

Herr Schneider teilt bezüglich des Preises der Fernwärme mit, dass der Preis in Ingolstadt im Moment sehr günstig sei. Dies liege daran, dass günstige Abwärme genutzt werde. Weiter führt er aus, dass auf Bundesebene auch das Problem erkannt worden sei, dass es nur einen Versorger für die Fernwärme gebe und man an diesen gebunden sei. Dies versuche die Bundesregierung im Moment zu behandeln und es soll auch eine Indizierung des Preises auf den Weg gebracht werden. Die Stadtwerke achten auch darauf, dass die Fernwärme bezahlbar bleibe und vor allem konkurrenzfähig ist. Zur Versorgungssicherheit trägt Herr Schneider vor, dass die Gunvor-Raffinerie und die MVA im Moment die Hauptlieferanten seien. Die Gunvor-Raffinerie habe zwar momentan keine Vertragsverlängerung mit den

Stadtwerken, doch es gebe bereits Verhandlungen. Es sei allerdings nicht in Sicht, dass die Gunvor schließe und damit keine Abwärme mehr geliefert werde. Bei der MVA sei Herr Schneider sich allerdings sicher, dass diese nicht schließen werde. Aus seiner Sicht, seien die Energiequellen sicher und sie haben alle das Potential durch Erneuerung der Wärmetauscher. Zu prüfen sei dann, wie neue Industriegebiete an die Fernwärme angeschlossen werde, ob es Potential von Firmen gebe, die auch Abwärme erzeugen. Da Gebäude auch saniert werden, habe man pro Gebäude in der Zukunft einen geringeren Energiebedarf. Das bedeute, man kann mit der gleichen Menge Wärme, die im Fernwärmenetz vorhanden sei, mehrere Gebäude versorgen. Ganz wesentlich dabei sei auch, dass dieses Heißwassernetz nur wegen der Industrie in Ingolstadt mit 120 Grad betrieben werde, doch dies sei zum Heizen viel zu hoch. Er merkt an, dass bei einem sanierten Gebäude ca. 55 Grad ausreichend seien. Ein Fernwärmenetz das mit 80 Grad betrieben werde, benötige viel weniger Energie, wie eines mit 100 Grad. Er ist der Meinung, dass sowohl preislich als auch von der Versorgungssicherheit die Fernwärme in Ingolstadt so wie es im Moment aussehe die nächsten 10 bis 20 Jahre gesichert und sei auch bezahlbar.

Stadtrat Meier stellt fest, dass es in letzter Zeit öfter die Diskussion gegeben habe um Gewässerwärmepumpen in Ingolstadt. Im Januar sollen 50 Prozent und im Juni dann 100 Prozent abgedeckt werden können. Daher möchte er wissen, ob dies in Zukunft in Ingolstadt eine große Rolle spielen werde.

Herr Schratzenstaller teilt mit, dass die Flusswärme als Potenzial im Wärmeplan mitbetrachtet werde. Gerade im Innenstadtnetz, wo das Temperaturniveau bei 80 bis 90 Grad sei, spiele dies eine Rolle für die Versorgungssicherheit.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.